

Panorama

STAATSBESUCH

Ein Hauch von Genua?

Die angekündigten Kundgebungen gegen den Besuch von US-Präsident George W. Bush nach Pfingsten in Berlin beunruhigen die Bundesregierung – vor allem Außenminister Joschka Fischer. Es könne nicht sein, dass Russlands Präsident Wladimir Putin in Berlin fröhlich empfangen, Bush hingegen wie ein Feind behandelt werde, ließ der Minister Berlins Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) wissen. Auch den Berliner Landesverband der Grünen mahnte der Spitzenkandidat der Partei für die Bundestagswahl zur Zurückhaltung beim Besuch des Präsidenten. Im Bundestag forderte die grüne Fraktionsspitze ihre Abgeordneten zum geschlossenen Erscheinen auf, wenn Bush – wie bislang geplant – am 23. Mai im Bundestag reden werde. Sie stieß dabei auf Widerstand bei Hans-Christian Ströbele, der ungerührt seine Beteiligung bei den Anti-Bush-Demonstrationen ankündigt: „Es gibt viele Gründe, gegen



Fischer, Bush, Krawalle in Berlin (am 1. Mai)

den amerikanischen Präsidenten zu protestieren – von der Kriegs- bis zur Klimapolitik.“ Zu Protesten aufgerufen haben zahlreiche Friedensgruppen, Globalisierungskritiker und die PDS. Autonome mobilisieren bundesweit und drohen massive Gewaltaktionen an, die die Sicherheitsbehörden sehr ernst nehmen: Es drohe „ein Hauch von Genua“, so ein hoher Sicherheitsmann. In Italien war es im vergangenen Jahr beim G-8-Treffen zu Straßenschlachten gekommen; ein Demonstrant starb.

GEHEIMDIENSTE

Riskante Anklage

Gegen den Kulturreferenten der syrischen Botschaft und einen weiteren in Deutschland lebenden Syrer hat die Bundesanwaltschaft Anklage wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit erhoben. Den beiden, die keinen diplomatischen Schutz genießen, wird vorgeworfen, seit 1995 hier lebende Syrer als Agenten angeworben sowie Oppositionelle ausgespäht zu haben. In mindestens vier Fällen sollen von ihnen Denunzierte bei der Einreise in Syrien verhaftet worden sein. Ob das Duo, das seit Monaten in Untersuchungshaft sitzt, angeklagt werden soll, war in der Bundesregierung lange debattiert worden – angesichts der aufgeheizten Lage in Nahost könnte eine Anklage die Beziehungen zu Damaskus zusätzlich belasten. Auf Grund der Schwere des Falls entschied das Bundesjustizministerium aber, eine Klausel in der Strafprozessordnung nicht anzuwenden: Danach können Verfahren eingestellt werden, wenn sie die „Gefahr eines schweren Nachteils für die Bundesrepublik herbeiführen“ würden.



Stoiber, Kindergartenkinder (in Sachsen)

WAHLVERSPRECHEN

Arbeitgeber gegen Familiengeld

Auf Kritik in der Wirtschaft stößt das von Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) in Aussicht gestellte Familiengeld in Höhe von bis zu 600 Euro monatlich pro Kind. Familiengeld sei „ein antiquierter Ansatz, den die Politik nicht verfolgen sollte“, so Carlotta Köster, bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) verantwortlich für Betriebliche Personalpolitik. Viele Unternehmen seien aus wirtschaftlichen Gründen daran interessiert, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Sie fürchten offenbar, das Familiengeld verleite Frauen zum Ausstieg: „Betriebe wollen die qualifizierten, eingearbeiteten Frauen halten.“ Nötig sei daher statt des Familiengeldes eine flächendeckende Ganztagsbetreuung für Kinder, vom Staat garantiert. Im Einvernehmen mit der BDA-Spitze kritisiert Köster: „Selbst wenn das Familiengeld finanzierbar sein sollte, löst es das Betreuungproblem nicht – wenn es keine Plätze gibt, kann man auch keine kaufen.“